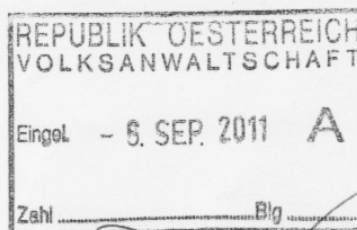


Verein Freunde des Augartens  
ZVR 444488679  
Lampigasse 17/13  
A-1020 Wien



An den Volksanwalt  
der Republik Österreich  
und Generalsekretär  
des International Ombudsman Institute  
Herrn Dr. Peter Kostelka  
Singerstraße 17  
A-1010 Wien

Wien, 6.9.2011

Betrifft:

- A) Auskunftersuchen zum Bescheid des Bundesdenkmalamts vom 5.3.2009  
GZ: 39.086/83/2008, Augarten, Konzertsaal Wiener Sängerknaben**  
**B) Kollegiale Missstandsfeststellung, GZ. VA-BD-UK/0006-C**

Sehr geehrter Herr Volksanwalt Doktor Kostelka !  
Sehr geehrter Herr Generalsekretär !

Erlauben Sie, daß wir Ihnen nachfolgende Anliegen unterbreiten:

**Zu A)**

Vier an das Bundesdenkmalamt (BDA) gerichteten Auskunftersuchen ( 17.3., 14.4., 25.5. und 17.8.2011 ) stehen zwei Antwortschreiben des BDA ( 31.3. und 3.5.2011 ) gegenüber. Die Auskünfte wurden teils verweigert, teils waren sie unvollständig – und insofern falsch. Im Schreiben des BDA vom 3.5.2011, GZ 39.086/18/2011, wurde „auf die eingehende Prüfung durch die Volksanwaltschaft verwiesen ...“

Hier die Fragen (gestellt am 14.4.2011):

1. Wurde der Antrag auf Veränderung des Denkmals Augarten, der durch den Bescheid vom 05.03.2009, GZ. 39.086/83/2008, aufrecht erledigt wurde, schriftlich oder auf andere Weise gestellt ?
2. Wer hat den Antrag auf Veränderung des Denkmals Augarten gestellt ?
3. Wenn er durch „die Wiener Sängerknaben“ gestellt worden sein sollte, wer hat für welche Rechtspersönlichkeit gezeichnet ? Ist die Zeichnungsberechtigung geprüft worden ?
4. Wenn er von jemand anderem gestellt wurde, wieso kann dann behauptet werden, eine Verbindung der Gutachter mit dem Antragsteller sei da. nicht bekannt gewesen ?
5. Wenn der Antrag nicht im eigenen Namen des Antragstellers gestellt worden sein sollte, in wessen Namen wurde er durch welchen Bevollmächtigten gestellt ? Ist eine solche Vollmacht aktenkundig ? Wenn ja, wann und von wem wurde sie erteilt ?
6. Im obenerwähnten Bescheid sind zwei (Landschafts-)Architekten namentlich als Auftragnehmer des Gutachtens erwähnt, in Ihrer Antwort vom 13.03.2011 jedoch nur einer von ihnen.  
Ist die Erwähnung des anderen Gutachters im Bescheid falsch ? Wenn ja, warum wurde er darin als Auftragnehmer erwähnt ?

## **Zu B)**

Nur eine vom Kollegium der Volksanwaltschaft getroffene Missstandsfeststellung schafft Offenlegung von Polit-Interventionen. Wir ersuchen Sie daher, gemeinsam mit Ihren Volksanwalt-Kolleginnen Dr. Brinek und Mag. Stoisits, eine kollegiale Missstandsfeststellung zum Bescheid des BDA vom 5.3.2009, GZ. 39.086/83/2008, zu beschliessen. Die schwerwiegenden, bereits mehrmals aufgezeigten Rechtsmängel dieses Bescheides rechtfertigen jedenfalls eine kollegiale Missstandsfeststellung.

Weiters bringen wir Ihnen zur Kenntnis, dass mit dem Bescheid des BDA vom 22.9.2010 \*) der Abbruch der Augartenmauer bewilligt wurde. Dies steht im Gegensatz zum Bescheid des BDA vom 5.3.2009, S.3, Punkt 4 und verstärkt den Eindruck, dass das BDA seine Entscheidungen nicht im Sinne der Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes fällt, sondern sich von den Interessen der Antragsteller leiten lässt.

Wir fordern Sie auf, die unter **A)** 1. bis 6. gelisteten Fragen zu beantworten, sowie eine kollegiale Missstandsfeststellung zu treffen. Sofern eine kollegiale Missstandsfeststellung nicht getroffen wird, ersuchen wir Sie um entsprechende Begründung.

\*) dieses Bescheiddatum ist dem Schreiben der Volksanwältin Mag. Stoisits vom 11.1.2011, S.1 entnommen („1. *Genehmigung der partiellen Zerstörung der Außenmauer mit Auflage des Wiederaufbaues. Diese wurde mit Bescheid des BDA vom 22.9.2010 erteilt. Demgemäß sei von der Antragstellerin die bautechnische Notwendigkeit nachgewiesen worden, in diesem Bereich für die Baugrubensicherung „bewehrte Betonpfähle“ zu errichten ...“*)

Gleichlautende Forderungen werden an Ihre Kolleginnen Frau Dr. Brinek und Frau Mag. Stoisits übergeben.

Monika Roesler  
Schriftführerin

Jutta Matysek  
Vereinsobfrau

für den Verein Freunde des Augartens, unterstützt von:

Verein Initiative Denkmalschutz

Verein Aktion 21 – Pro Bürgerbeteiligung

Josefinisches Erlustigungskomitee